

Bewerbung als Direktkandidatin zur Bundestagswahl 2021 für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Wahlkreis 19/Hamburg-Altona

Liebe Mitstreiter*innen!

Die kommende Legislaturperiode wird darüber entscheiden, ob Deutschland seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5° C einhalten kann. Sie wird darüber entscheiden, ob wir das Eintreten eines sechsten Massensterbens verhindern können. Und sie wird darüber entscheiden, ob Gesundheitskrisen wie die gegenwärtige Corona-Pandemie zukünftig Normalität oder Ausnahme sein werden. Aktuell richtet sich der politische Fokus vor allem darauf, die Symptome dieser Krisen zu bekämpfen, nicht jedoch ihre Ursache. Selbst im Jahr 2020 haben viele Politiker*innen immer noch nicht verstanden, dass Planetare Grenzen nicht verhandelbar sind und dass man mit Naturgesetzen auch keine Kompromisse aushandeln kann.

Kein Grad Weiter

Vor etwas mehr als zwei Jahren veröffentlichte der Weltklimarat IPCC einen Sonderbericht, indem ausdrücklich vor den verheerenden Konsequenzen einer Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze gewarnt wurde. Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens ist nicht nur eine Frage der globalen Gerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit, die Klimakrise ist auch die größte soziale Frage des Jahrhunderts. Eine sozial gerechte Klimapolitik nimmt in erster Linie die Verursacher der Klimakrise in die Verantwortung: die fossile Wirtschaft. Sie unterstützt und entlastet Bürger*innen und schafft neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze. In Altona wird die Klimakrise vor allem zu einer Zunahme von Starkniederschlägen und Hitzewellen führen. Durch die Nähe zur Elbe werden wir zudem die Folgen des Meeresspiegelanstiegs in besonderem Ausmaß zu spüren bekommen. In Hamburg selbst ist die Durchschnittstemperatur seit 1881 bereits um 1,4 Grad angestiegen, bis zum Ende des Jahrhunderts könnte sie um weitere ein bis fünf Grad ansteigen (Hamburger Klimabericht, 2018). In den kommenden Jahren werden muss Hamburg nicht nur klimaneutral sondern auch klimaresilient werden.

Um seinen gerechten Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu leisten, muss Deutschland bis 2035 klimaneutral werden (SRU, 2020). Die globalen CO₂-Emissionen müssen ab 2020 kontinuierlich sinken und bis 2040 Nettonull erreichen (Mission 2020, 2017). Derzeit verfolgt keines der Industrieländer auf der Welt einen Emissions-Reduktionspfad, der mit der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels kompatibel ist. Deutschland ist seit Jahren unangefochtener Weltmeister im Braunkohleabbau, belegt Platz 6 der Länder mit dem größten Anteil an den CO₂-Emissionen und spielt eine entscheidende Rolle in der EU-Klimapolitik. Um unseren internationalen Verpflichtungen gerecht werden zu können, muss ein Kohleausstieg spätestens 2030 erfolgen. Fossile und klimaschädliche Subventionen sind weder zeitgemäß noch zielführend, eine fossile Technologie durch eine andere fossile Technologie zu ersetzen wäre paradoxer Unsinn. Wir haben eine historische und globale Verantwortung — Fangen wir endlich an, dieser gerecht zu werden!

Fight Every Crisis

Der Raubbau an unserem Planeten verursacht nicht nur die Klimakrise, sondern ist auch Ursache eines weltweiten Artensterbens von dramatischem Ausmaß. Rund 25% der weltweiten Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht, die Fläche der lebenden Korallenriffe hat sich in den vergangenen Jahren halbiert und wird selbst bei Nichtüberschreitung der 1,5-Grad-Grenze auf 10 bis 30% ihrer ursprünglichen Fläche schrumpfen. Bereits eine globale Erwärmung von 2 Grad könnte einen nahezu vollständigen Verlust der Korallenriffe zur Folge haben (IPBES, 2019). Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels hat folglich auch einen signifikanten Einfluss auf die Verhinderung des sechsten Massensterbens. Für uns Menschen hat unser Handeln bereits heute Konsequenzen: Bei etwa 70% der auftretenden Krankheiten und nahezu allen bekannten Pandemien handelt es sich um Zoonosen — das trifft auch auf die gegenwärtige Corona-Pandemie zu. Ungefähr 631.000-827.000 von geschätzten 1,7 Millionen unentdeckten in der Tierwelt vorkommenden Viren haben das Potential, beim Menschen eine Infektion zu verursachen (IPBES, 2020). Konsequenter Naturschutz ist also unerlässlich, um zukünftigen Pandemien vorzubeugen und das Artensterben auszubremsen. Eine nationale Biodiversitäts-Strategie muss neben dem Schutz und Erhalt bestehender Ökosysteme auch die Renaturierung und den Umstieg auf eine nachhaltige Landwirtschaft umfassen, und sich auch mit der Frage befassen wie wir in Städten mehr Raum für Grün- und Blühflächen schaffen können.

Zeit für eine zeitgemäße Haltung

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert — Trotzdem sind Gleichberechtigung und Chancengleichheit in vielen Bereichen immer noch eher utopische Wunschvorstellung als Realität. Strukturelle, ideologische und kulturelle Barrieren verhindern bis heute in vielen Bereichen eine Gleichberechtigung von Mädchen* und Frauen*, Wissenschaftler*innen prognostizieren, dass die Corona-Pandemie einen Rückschritt für die Gleichberechtigung bedeuten wird, sofern die Politik nicht aktiv Maßnahmen ergreift, um dem vorzubeugen (Alon et. al., 2020). Zeitgleich müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, um die bereits bestehenden Barrieren abzubauen. Dazu gehört neben der Einführung von Frauen*quoten auch die aktive Förderung von Mädchen* und Frauen*. Doch nicht nur Mädchen* und Frauen* erfahren Ungleichberechtigung: In Deutschland gibt es immer noch kein Selbstbestimmungsrecht für trans- und intergeschlechtliche Menschen, Regenbogenfamilien werden benachteiligt, Menschen mit Behinderung stoßen in ihrem Alltag immer wieder auf Barrieren, die ihnen eine Teilhabe am regulären Gesellschaftlichen Leben erschweren oder nicht ermöglichen. Zudem leben, lernen und arbeiten sie häufig getrennt von der restlichen Gesellschaft.

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert — Trotzdem sind Diskriminierung und Rassismus immer noch allgegenwärtig. Das hat einen Grund: Nur wenn wir uns diese Tatsache eingestehen, können wir aktiv etwas daran verändern. Diskriminierung verschwindet nicht, wenn man ihre Existenz totschweigt. Ein besonders aussagekräftiges Beispiel ist die gegenwärtige Debatte über eine Studie zu rassistisch motivierter Polizeigewalt und Racial-Profiling in Deutschland. Das es keine Studie über rassistisch motivierte Polizeigewalt und Racial-Profiling gibt, bedeutet nicht, dass beides nicht existiert. Im Gegenteil: Eine solche Studie zu

verhindern, bedeutet auch, zu verhindern, dass gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt und Racial-Profiling vorgegangen werden kann.

Wir können Gleichberechtigung nur gemeinsam erreichen, Diskriminierung und Benachteiligung nur gemeinsam abschaffen. Dieser Prozess beginnt damit, dass wir uns den in unserer Gesellschaft existierenden strukturellen, ideologischen und kulturellen Barrieren bewusst werden und die sich daraus ergebenden Privilegien und Benachteiligungen erkennen. Unser Stadtteil zeichnet sich durch eine hohe Diversität aus. Versuchen wir, diese Diversität als unsere Stärke zu betrachten!

Die gegenwärtige Corona-Pandemie ist nur eine von vielen Herausforderungen, mit denen wir als Stadtteil in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden — Herausforderungen, an denen wir gemeinsam wachsen können. Für viele Menschen bedeutet die momentane Situation Unsicherheit, Ungewissheit, möglicherweise ist sie mit Existenzängsten verbunden. Politiker*innen müssen diese Sorgen ernst nehmen und die Menschen in Krisensituationen bestmöglich unterstützen und schützen. Aus diesem Grund müssen auch die Klimakrise und die Biodiversitätskrise bei der Bewältigung der Corona-Pandemie mitbedacht werden!

Biografisches

- Name: Nele Brebeck
- Geburtsjahr: 1999
- Abitur 2018
- Seit 2019 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg



Politisches Engagement

- Seit 2018 Mitglied der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND
- Januar 2019 bis Februar 2020: Mitorganisatorin bei Fridays for Future in Hamburg, vor allem in den Bereichen Policy- und Öffentlichkeitsarbeit
- Seit 2020: Mitglied der Klimadelegation e.V., vor allem in den Bereichen Policy- und Öffentlichkeitsarbeit
- Seit 2020 Sprecherin und Mitglied des Vorstandes der GRÜNEN JUGEND Harburg-Land



nele.brebeck@klimadelegation.de